

Inflation

Zusammenfassung.....	1
Eine Wirtschaftliche Analyse.....	3
Inflation.....	3
Definitionen.....	3
Messung der Inflation.....	4
Was die Inflation nicht misst.....	4
Wert und Geld.....	5
Was die Inflation mit den Schulden macht.....	7
Die Inflation verstehen.....	8
Neoklassische Argumente zur Inflation.....	8
Klassenkampf und Inflation.....	10
Inflation in der Geschichte.....	13
Inflation in der Schweiz im ersten Weltkrieg.....	13
Ölkrise 1973.....	14
Lösungen und Forderungen.....	15
Die "Lösungen" der Kapitalist:innen.....	15
Erhöhung des Zinssatzes.....	15
Senkung der Mehrwertsteuer.....	16
Kurzfristige Lösungen: Indexierung und Preisstopps.....	16
Preisstopps.....	16
Indexierung.....	17
Strategische Überlegungen.....	17
Der einzige Ausweg.....	18

Zusammenfassung

Die gängige Wirtschaftswissenschaft hat festgestellt, dass eine durchschnittliche Inflationsrate von 2 bis 4% für ein robustes Wirtschaftssystem sorgt. In Krisenzeiten kann die Inflation jedoch unkontrollierbar ansteigen. Im marxistischen Sinne ist Inflation ein **Wertverlust des Geldes, der das Ergebnis gleichzeitiger Preiserhöhungen bei allen Waren ist, oft als Folge von privaten Unternehmen, die ihre Gewinne sichern**. Die Bedrohung durch Inflation wird von der Bourgeoisie häufig als Verhandlungsinstrument eingesetzt, um unsoziale Massnahmen zu rechtfertigen. So stellt sie sicher, dass sie Zugriff auf den gesamten Kuchen hat.

Indem sie den Kampf sowohl in der materiellen Wirtschaft als auch auf dem ideologischen Terrain der Wirtschaftstheorien führen, haben die bürgerlichen Ökonom:innen mehrere Theorien zur Erklärung und Vermeidung von Inflation entwickelt:

1. Die Inflation sei auf **zu viel zirkulierendes Geld** zurückzuführen, was eine **Sparpolitik** rechtfertigen würde
2. Die Inflation wäre auf eine **zu hohe Nachfrage** zurückzuführen, die durch ein zu hohes Lohnwachstum verursacht wird, was eine Politik der **Lohnstagnation**, d.h. einen Rückgang der Reallöhne, rechtfertigen würde
3. Die Inflation wäre auf eine **zu starke Beschleunigung der Wirtschaft** zurückzuführen und müsste daher durch einen **Anstieg der Zinssätze** reguliert werden, was eine Verlangsamung der Kreditaufnahme, einen Rückgang der Löhne und einen Anstieg der Arbeitslosenquote zur Folge hätte.

Die Theorien der bürgerlichen Ökonomen haben eines gemeinsam: Sie rechtfertigen Massnahmen, die für das Proletariat ungünstig sind. Ausserdem haben sich nicht alle diese Theorien in der Realität bewahrheitet.

Die Inflation wirft ein Schlaglicht auf die viel umstrittene Frage der Wertverteilung zwischen Kapital und Arbeit, d.h. die Frage des **Klassenkampfes**. Eine stetige Inflation wird in der Regel durch Massnahmen zum Nachteil der Arbeiter:innenklasse wie die Senkung der Reallöhne eingedämmt, um die Profitrate der Bourgeoisie zu erhöhen. Die Wirtschaftskrise während COVID führte unweigerlich zu einem Rückgang der Profite für die Unternehmen und ihre Aktionär:innen. Auch wenn der Krieg in der Ukraine eine Rolle spielt, muss die aktuelle Inflation im Kontext der Zeit nach Corona und dem Wunsch der Unternehmen, diese "verlorenen" Profite wiederzugewinnen, verstanden werden.

Historisch gesehen tauchen Klassenfragen in jeder Inflationsperiode auf. Während des Ersten Weltkriegs zum Beispiel wurde der in der Schweiz durch die Kriegsausgaben entstandene Liquiditätsbedarf je nach den Machtverhältnissen zwischen den Klassen auf unterschiedliche, mehr oder weniger inflationäre Weise gelöst; insbesondere in dem Moment, als das von der Proletarisierung bedrohte Kleinbürgertum ein Bündnis mit dem Proletariat hätte eingehen und das Klassenverhältnis hätte umstürzen können, tat die Bourgeoisie alles, um für das Kleinbürgertum

günstige Finanzierungsmöglichkeiten zu finden. Als am Ende des Krieges das Proletariat, das durch diese Politik ins Elend getrieben wurde, zu einer Bedrohung für die Bourgeoisie wurde, verfolgte diese eine disinflationäre Politik, einschliesslich der Besteuerung der Kriegsgewinne.

Die Inflation bringt das Proletariat in eine instabile wirtschaftliche Lage und verdeutlicht die Ausbeutungsdynamik, die in unserem kapitalistischen System stets präsent ist. Folglich ist sie auch eine Gelegenheit, sich zu organisieren, wie kürzlich in Waadt mit den Streiks im öffentlichen Sektor zu sehen war.

Wir nennen zwei reformistische Hauptforderungen, die für die Arbeiter:innenklasse von Vorteil sind:

1. **Preiskontrollen**, spezifisch in den Schlüsselsektoren Grundbedarf, Energie, Krankenversicherung, Mieten, usw. Diese Massnahme würde die Reallöhne erhöhen. Obwohl es sich um eine dringende Massnahme handelt, kann sie langfristig nur durch die Verstaatlichung dieser Sektoren durchführbar sein.
2. **Indexierung der Löhne an die Inflation**. Diese Massnahme würde ein Absinken der Reallöhne verhindern, d.h. den Anstieg der Ausbeutungsrate begrenzen. Langfristig können wir mit dieser Massnahme, die die Ausbeutung zwar begrenzt, aber nicht beseitigt, jedoch nicht zufrieden sein.

Diese Möglichkeiten werden nur schüchtern diskutiert, da die Bourgeoisie nur zu gut weiss, welche Auswirkungen dies auf ihren Anteil am Kuchen hätte. Auch wenn diese Forderungen nur kurzfristig befriedigend sind, könnten sie zu einer deutlichen Verbesserung des Organisationsgrades und des Klassenbewusstseins des Proletariats führen.

Eine Wirtschaftliche Analyse

Inflation

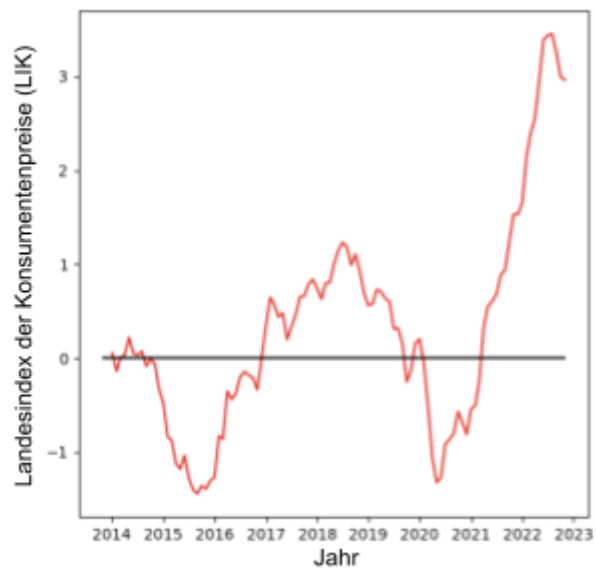
Definitionen

Beginnen wir mit einer oberflächlichen Definition der Inflation:

“Inflation ist ein genereller Anstieg der Konsumentenpreise, der mit dem Verlust der Kaufkraft von Geld einhergeht.”

Mit “generellem Anstieg der Konsumentenpreise” meinen wir, dass die Preise für die meisten Güter gleichzeitig steigen. Konsumentengüter, die in die Inflation eingerechnet werden, sind zum Beispiel Essen, Mieten und Energie. Ausgeschlossen sind Dinge, die als Investition angeschaut werden: darunter zum Beispiel Industriegüter und Wohnraumpreise. Das letztere bedeutet, dass die Tatsache, dass sich die Arbeiter:innenklasse fast kein Haus mehr leisten kann, nie in der Inflation widerspiegelt wird. Ausserdem sind nicht alle Haushaltsausgaben in der Form von Konsumentengüter. So geben Schweizer

Inflation des LIK in der Schweiz, 2014-2023



OECD Daten. Grafik der Autor:innen

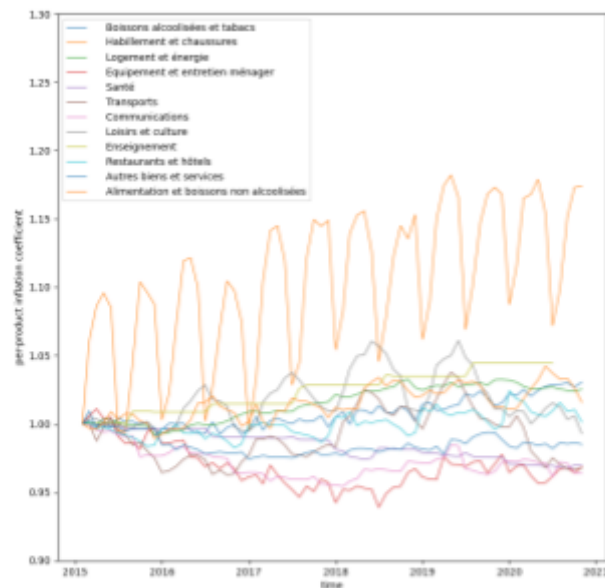
Haushalte beispielsweise durchschnittlich 804 Franken¹ pro Monat für Gesundheitskosten aus, was für ein Industrieland ein enormer Anteil am Einkommen ist. Obwohl die Krankenkassenprämien in den letzten Jahrzehnten stark angestiegen sind, werden sie bei der Inflationsberechnung meist ignoriert, da die Krankenversicherung nicht als Gut zählt.

Messung der Inflation

In der Praxis wird die Inflation in der Schweiz anhand des **Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI)**² gemessen. Er wird berechnet, indem ein repräsentativer virtueller "Warenkorb" (eine Sammlung von Konsumgütern) erstellt wird, der die Ausgaben eines durchschnittlichen Haushalts in einem Land repräsentiert, und dann seine Entwicklung von Jahr zu Jahr gemessen wird.³ Dieser Warenkorb wird durch statistische Studien über die Gewohnheiten der Schweizer Haushalte erstellt. Die Inflation kann manchmal von Monat zu Monat gemessen werden, aber es ist viel üblicher, sie von Jahr zu Jahr zu messen, weshalb wir in diesem Dokument diese Konvention verwenden. Dies bedeutet, dass der Satz:

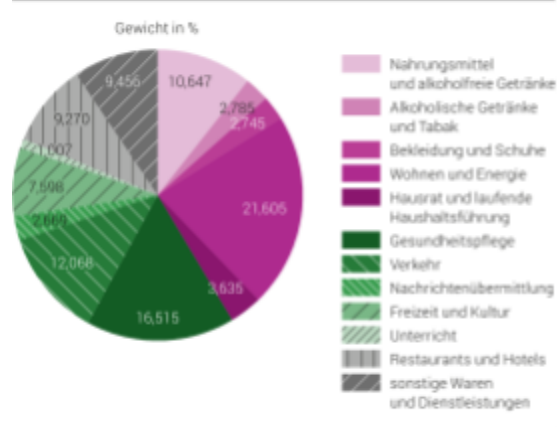
“Die Inflation beträgt 2,3%”

besagt, dass der Preis des “Warenkorbs” des durchschnittlichen Schweizerhaushalts 2.3%



Entwicklung der Preise pro Gut bis 2021 (Daten vom BFS, Grafik von den Autor:innen erstellt).

HVPI-Warenkorb und Gewichte, 2023



Quelle: BFS – Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI) © BFS 2023

höher ist als letztes Jahr.

Eine weitere wichtige Tatsache bei der Inflation ist, dass sie heterogen ist. Damit meinen wir, dass die Preise verschiedener Waren im Warenkorb gleichzeitig steigen und sinken können und dass wir bei der Betrachtung der Inflation als Ganzes einige Details der Preiserhöhung übersehen. Auch in der momentanen Inflation sinken die Preise einiger Warenarten, andererseits steigen andere Preise, wie z. B. Energie, viel schneller als die Inflation.

¹ Quelle: [Bundesamt für Statistik \(BFS\)](#)

² HVPI ist eine harmonisierte Version des Landesindex der Konsumentenpreise (LIK), um die Inflation international zu vergleichen.

³ Wir empfehlen dazu [die entsprechende Seite auf der Website des BFS](#).

Was die Inflation nicht misst

Da der HVPI anhand der Preise von **Konsumgütern** gemessen wird, misst er an sich keine Veränderungen der Lebenshaltungskosten. **Krankenversicherungsprämien werden nicht als Konsumgüter betrachtet**, da die Prämien zwar gezahlt, aber nicht verbraucht werden. Der Verbraucherpreisindex berücksichtigt zwar die konsumierten Waren und Dienstleistungen (Krankenhauskosten, Arztbesuche, Medikamente), nicht aber die Versicherungsprämien.

Da unsere Prämien im Durchschnitt höher sind als unser tatsächlicher Verbrauch, wird ein Teil des Anstiegs der Lebenshaltungskosten vom VPI nicht berücksichtigt. Es gibt noch einen weiteren Index, den Krankenkassenprämienindex (KVPI), der die Entwicklung der Krankenkassenprämien misst.

Gemäss dem BFS ist der Einfluss der Prämienentwicklung auf das Wachstum des verfügbaren Einkommens relativ schwach (-0,2 % pro Jahr im Durchschnitt zwischen 2000 und 2022)⁴.

Dieser Einfluss wird jedoch durch die öffentlichen Subventionen auf einem relativ niedrigen Niveau gehalten. Unter diesem Gesichtspunkt kann man sagen, dass der Anstieg der Prämien teilweise vom Staat subventioniert wird.

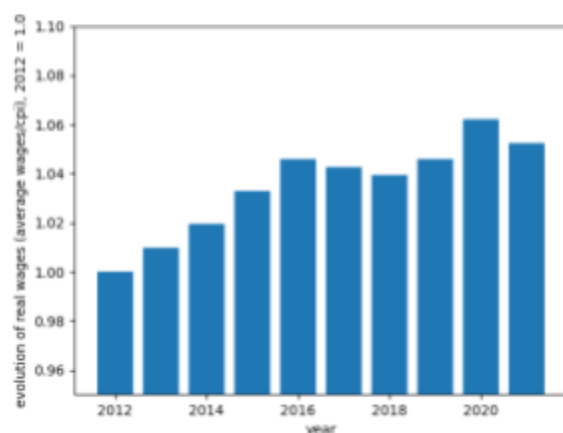
Ausserdem ist zu bedenken, dass das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte in Geld und nicht in Werten gemessen wird. Wie wir später sehen werden, ist eine Stabilität des Nominaleinkommens in Wirklichkeit ein Rückgang des Realeinkommens.

Wert und Geld

Um die Inflation aus einer marxistischen Perspektive zu verstehen, müssen wir die Spannung zwischen **Wert** und **Geld** betrachten. Zur Erinnerung: Wie bereits von Marx aufgezeigt, nimmt der Wert einer Ware drei Hauptformen an⁵:

- Der Wert (ohne weitere Einschränkung) bezeichnet die in einer Ware verkörperte Arbeit. Er beantwortet gewissermassen die Frage, wie viel Arbeit in die Herstellung einer Sache investiert wurde
- Der Tauschwert ist ein Mass für den relativen Wert einer Ware im Verhältnis

Entwicklung der Reallöhne in der Schweiz ab 2012



4

<https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/preise/krankenversicherungspraemien.gnpdetail.2022-0283.html>

⁵ Das Kapital. Band I, erster Abschnitt: Ware und Geld

zu einer anderen. Er beantwortet die Frage, wie viel von einer anderen Ware ich bereit bin, für diese zu tauschen.

- Der Gebrauchswert ist ein Mass dafür, wie nützlich eine Ware für einen selbst oder eine andere Person ist.

Aus einer marxistischen Perspektive kann man Geld wie folgt verstehen: Geld hat einen Tauschwert, egal ob es wenig oder gar keinen Gebrauchswert hat.

Aus diesem Blickwinkel betrachtet stellt man fest:

Inflation ist der Wertverlust des Geldes.

Wir werden sehen, dass die Inflation als Resultat eines Kampfes um den Anteil eines Zusatzwertes in der Wirtschaft betrachtet werden kann, der sich im Wert des Geldes selbst widerspiegelt. In Bezug auf die Löhne bedeutet dies, dass die **Inflation ohne Lohnindexierung⁶ eine (wertmässige) Lohnsenkung** ist. Dieser Gedanke steht hinter der Berechnung der **Reallöhne** (d. h. der inflationsbereinigten Löhne).

In der Vergangenheit wurde Geld aufgrund des buchstäblichen Tauschwertes des Materials, aus dem es besteht, ein Wert zugeschrieben (im Falle von Goldmünzen zum Beispiel entspricht der Tauschwert der Münze einfach dem Wert der Goldmenge, aus der die Münze besteht). Mit der Abkehr vom "Goldmünzenmodell" hat sich das Geld zu einer Schuldanerkennung von einer Zentralbank an den Eigentümer des Geldes verlagert. In diesem Fall besitzt die Zentralbank physische Güter (in der Regel Gold), mit denen das Geld unterlegt ist und die "theoretisch" vom Eigentümer des Geldes zurückgefordert werden können. Mit dem Ende des Goldstandards in der Mitte des 20. Jahrhunderts gingen die meisten Währungen zum Fiat-Ansatz über, bei dem das Geld überhaupt nicht mehr physisch gesichert ist. Bei Fiat-Währungen wird häufig davon ausgegangen⁷, dass die Geldmenge vollständig vom Staat kontrolliert wird. In diesem Fall ist der Wert, der dem Geld beigemessen wird, die Folge der sozialen Ordnung, aber nicht an etwas Bestimmtes gebunden.

Diese Idee, die als **Finanzintermediations-Theorie** bezeichnet wird, geht von den folgenden Aussagen aus:

1. Geld ist ein (seltenes) Gut, das ausschliesslich zur Finanzintermediation verwendet wird.
2. Es gibt eine **endliche Menge an Geld** im Umlauf
3. Der Staat/die Zentralbank hat die vollständige Kontrolle über die Menge dieses Guts (Geld) im Wirtschaftssystem

Die Finanzintermediations-Theorie ist, wie wir im Folgenden sehen werden, kein realistisches Modell für die Geldschöpfung im modernen Kapitalismus. Dennoch wurde sie als Leitlinie für die Politik verwendet (insbesondere in den 70er Jahren) und wird auch heute noch häufig als Argument für Sparmassnahmen genannt.

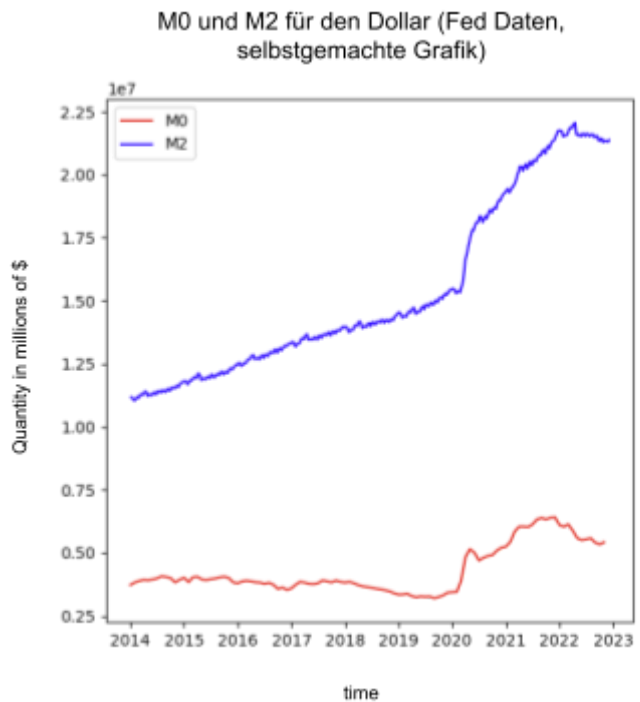
Der Grund, warum die Finanzintermediation-Theorie kein gutes Modell ist, liegt in der Art und Weise, wie Buchhaltung und Kreditvergabe bei privaten Banken ablaufen. Privatbanken sind nicht

⁶ Bei der Lohnindexierung werden die Löhne bei steigender Inflation angehoben. Wenn beispielsweise die VPI-Preise um 3 % steigen, werden die Löhne um die gleichen 3 % erhöht.

⁷ Von einigen ökonomischen Schulen, insbesondere den Monetarist:innen

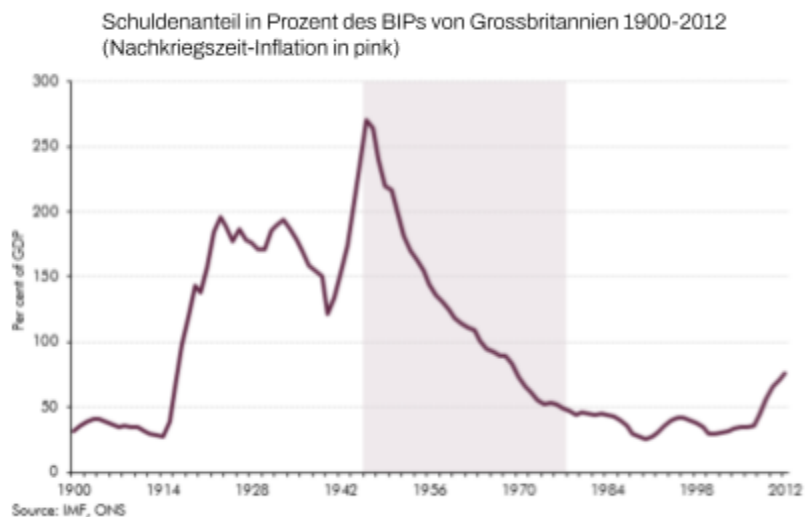
verpflichtet, genügend Geld in ihren Reserven zu haben, um jeden Kredit, den sie vergeben, gleichzeitig abzusichern. Das bedeutet, dass die **Privatbanken mehr Geld verleihen können, als die Zentralbank jemals geschaffen hat**. Infolgedessen ist die umlaufende Geldmenge in Wirklichkeit viel höher, als die von den Zentralbanken geschaffene Geldmenge. (Das meiste Geld auf dem Bankkonto einer Person wurde dadurch geschaffen, dass eine Privatbank es einem Unternehmen oder einer Person geliehen hat.) Diese Vorstellung, dass das meiste Geld direkt von privaten Banken geschaffen wird, wird als **Kreditschöpfungstheorie** bezeichnet. Sie wird erst seit kurzem von einigen orthodoxen Ökonom:innen anerkannt (und ist in den Modellen, die die Zentralbanken zur Anpassung an die Inflation verwenden, überhaupt nicht enthalten), stellt aber ein viel realistischeres Modell der Geldschöpfung dar.

In der Praxis schlägt sich die Kreditschöpfungstheorie (die Idee, dass das meiste Geld in Wirklichkeit durch Kredite geschaffen wird) in der Art und Weise nieder, wie die Gesamtgeldmenge in der Wirtschaft gemessen wird. Die Gesamtmenge des von den Zentralbanken jemals geschaffenen Geldes wird gewöhnlich als **M0** bezeichnet. Die Gesamtmenge des verliehenen Geldes wird zusammen mit der Menge des von den Zentralbanken ausgegebenen Geldes (das, was man sich gemeinhin als Geld vorstellt und was den größten Teil des eigenen Bankkontos ausmacht) als **M2** bezeichnet. Wie aus der Grafik un schwer zu erkennen ist, dominiert M2 vollständig über M0, und das Wachstum der beiden Kurven ist nicht direkt miteinander verbunden.



Was die Inflation mit den Schulden macht

Eine Schlüsseleigenschaft der Inflation ist, dass sie den Wert der Schulden verringert. Denn Schulden werden in Geld und nicht in Wert aufgenommen. Wenn der Wert des Geldes sinkt, sinkt der Wert der Schulden (auch wenn er sich nicht ändert). Diese Tatsache machten sich die europäischen Staaten (die damals alle die Kontrolle über ihre Währung hatten)



zunutze, um ihre Kriegsschulden nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs abzubauen. Dieser Schlüsselfaktor ist sehr wichtig, wenn man eine langfristige, konstante Inflation betrachtet. Daher ist eine Situation, in der die Löhne indexiert sind und die Inflation ansteigt, nicht unbedingt schlecht für die Arbeiter:innenklasse. Schuldenabbau kann für sie von Vorteil sein, da er einen leichteren Zugang zum Eigentum an Gütern ermöglicht, die zuvor unzugänglich waren (z. B. ein Haus). Ausserdem schadet er einigen Sektoren des Finanzkapitals, die auf das Halten von Schulden angewiesen sind, um Gewinne zu erzielen.

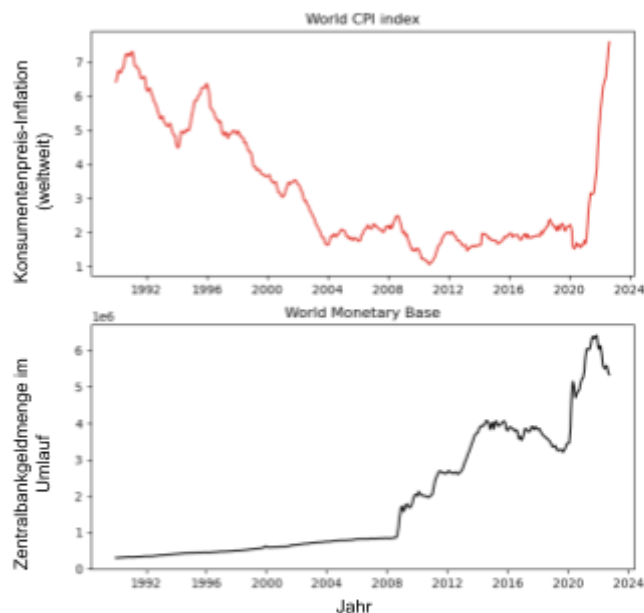
Die Inflation verstehen

Neoklassische Argumente zur Inflation

Die monetaristische Theorie besagt, dass die im Umlauf befindliche Geldmenge der Hauptgrund für die Inflation ist. Sie liefert eine Rechtfertigung für die Sparpolitik und die Kürzung der öffentlichen Ausgaben.

Diese Theorie lässt sich bei der Betrachtung realer Daten überhaupt nicht verifizieren (siehe die Grafik der VPI-Inflation im Vergleich zur Weltwährungsbasis rechts) und wurde von modernen Makroökonomern, selbst in den orthodoxen Schulen, weitgehend aufgegeben. **Es ist in einer Marktwirtschaft jedoch richtig, dass in extremen Fällen die Zuführung grosser Geldmengen durch den Staat die Inflation anheizen kann.** Es sollte jedoch darauf hingewiesen werden, dass dies ganz und gar nicht die Situation ist, in der wir uns derzeit befinden (siehe Grafik unten).

Inflation v.s. M0



Die Grafik zeigt, dass die Inflation nicht mit dem Anstieg der weltweiten monetären Basis korreliert (Geldschöpfung scheint keine Inflation zu verursachen). Zum Beispiel korreliert die Einführung grosser Mengen öffentlichen Geldes in die Wirtschaft im Jahr 2020 überhaupt nicht mit der Inflation.

Der Wirtschaftswissenschaftler A. W. Phillips fand, als er das Verhältnis zwischen Arbeitslosigkeit und Inflation im Vereinigten Königreich zwischen 1861 und 1957 untersuchte, den Beweis für eine negative Beziehung zwischen diesen beiden Variablen. Wenn die Arbeitslosigkeit niedrig ist, ist die Inflation hoch, und wenn die Inflation niedrig ist, ist die Arbeitslosigkeit hoch. Andere Wirtschaftswissenschaftler:innen übertrugen dieses Modell auf ihre jeweiligen Länder und kamen zu demselben Ergebnis, indem sie diese Beziehung als **Phillips-Kurve** bezeichneten. Sie besagt, dass in einer Volkswirtschaft verschiedene Kombinationen von Arbeitslosigkeit und Inflation möglich sind. Der Grund für diese Beziehung sei die Verhandlungsmacht der Arbeitnehmenden. Wenn Unternehmen Arbeitskräfte einstellen, ist die Arbeitslosigkeit niedriger. Das Machtverhältnis ist dann zugunsten der Arbeitnehmenden (da die Bedrohung von Arbeitslosigkeit nicht mehr relevant ist), was die Löhne nach oben treibt. Dies führt zu höheren Preisen (Inflation), die die Löhne entsprechend den neuen Preisen senken. Der Reallohn sinkt, weil er nicht die Zeit hatte, sich zu erhöhen. Da der Reallohn also sinkt, stellen die Unternehmen mehr Leute ein, was die Arbeitslosigkeit senkt.



Diese Idee besagt im Allgemeinen, dass die Inflation durch einen Nachfrageüberhang verursacht wird. Aus dieser Vorstellung ergibt sich die Idee einer

Lohn-Preis-Spirale: ein Szenario, bei dem steigende Löhne, die versuchen, mit der Inflation mitzuhalten, die Preise noch mehr erhöhen. Diese Idee wurde bereits von Marx in "Lohn, Preis und Profit" erörtert und verworfen, aber in jüngster Zeit wurde in einer im November 2022 veröffentlichten Studie des IMF nachgewiesen, dass sie in der Geschichte nie stattgefunden hat.⁸

Heutzutage ähneln die gemessenen Daten nicht mehr der Phillips-Kurve. Zeitgenössische Ökonomen haben die Kurve an die aktuelle Konjunktur angepasst, so dass andere Variablen einbezogen wurden.

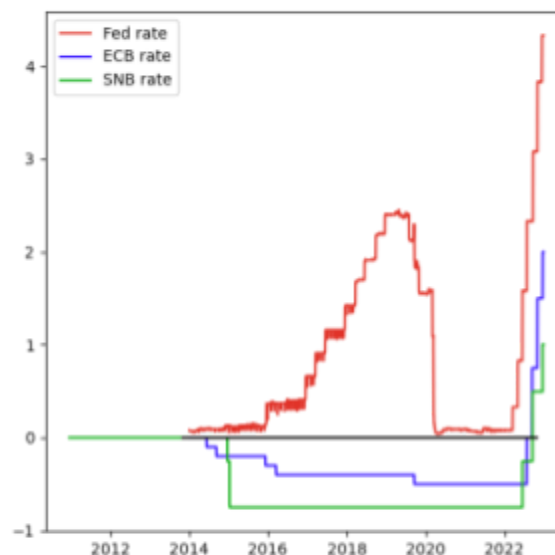
Die Phillips-Kurve ist Gegenstand zahlreicher Kritiken, von denen eine von der monetären Denkschule (vor allem vertreten durch Milton Friedman) stammt. Das Hauptargument gegen die Phillips-Kurve ist, dass die Akteur:innen in der Lage sind, den Preisanstieg langfristig vorherzusagen, und daher einen höheren Lohn aushandeln, der die Auswirkungen des Reallohnrückgangs neutralisiert.

Im Allgemeinen ist jedoch der Grundgedanke der Phillips-Kurve (d.h. dass die Inflation durch einen Nachfrageüberhang angetrieben wird) derzeit die vorherrschende Auffassung von Inflation in der Makroökonomie. In der neuen klassischen Makroökonomie, dem derzeitigen Paradigma der Makroökonomie, das von den Zentralbanken angewandt wird, besteht die

⁸Quelle der IMF Webseite

Hauptstrategie zur Kontrolle der Inflation in der Anpassung des Zinssatzes nach der sogenannten Taylor-Regel⁹.

Diese Sichtweise impliziert, dass die **Anhebung der Zinssätze durch die Zentralbank** das wichtigste geldpolitische Instrument ist (da ein Anstieg der Zinssätze Investitionen aus der Sicht der Kapitalist:innen riskanter macht). Dieser Ansatz der Inflationsbekämpfung **kann zwar die Inflation erfolgreich bekämpfen, führt aber zu einer Verlangsamung der physischen Wirtschaft, sinkenden Löhnen und steigender Arbeitslosigkeit**. Auf diese Weise haben die EZB, die SNB und die US-Notenbank vor allem auf den Inflationsschock von 2022 reagiert (siehe Grafik rechts).



Zinssätze der wichtigsten Zentralbanken im Zeitverlauf. Zu beachten ist die Reaktion auf den Inflationsschock von 2022.

Eine nicht zu vernachlässigende Hauptursache für die Inflation ist schliesslich, dass sie importiert werden kann: Der Preis von Waren, die von internationalen Märkten importiert werden, unterliegt verschiedenen Faktoren. **Die Verknappung oder vermeintliche Verknappung einiger Güter führt zu Preiserhöhungen**, was bei Energie (als Folge des Russland-Ukraine-Konflikts¹⁰) sowie bei einigen komplexen Gütern wie Halbleitern der Fall ist (hier ist es die Corona-Pandemie, die die Verknappung verursacht hat, indem sie die komplexen Lieferketten, die für ihre Produktion erforderlich sind, gestört hat). **Auf längere Sicht werden sich die Auswirkungen des Klimawandels auch auf die Inflation auswirken**, da verschiedene Güter aufgrund der globalen Erwärmung knapper werden. Die Produktion von wichtigen landwirtschaftlichen Gütern wie Weizen wird schwieriger werden, was die Inflation in einer Marktwirtschaft in die Höhe treiben wird.

Klassenkampf und Inflation

Als Marxist:innen sind wir in der Lage, ein besseres Verständnis der Inflation zu entwickeln, indem wir verstehen, wie sie durch den Klassenkampf geformt wird und wie sie ihn prägt. Zusammenfassend ist unsere Analyse die folgende:

"Die Inflation ist das Resultat eines sozialen Konflikts um die Verteilung des Zusatzwertes. Sie ist die Folge davon, dass die kapitalistische Klasse ihren Profit schützt, während das Proletariat dafür kämpft, seine Ausbeutungsrate zu senken."

⁹ https://en.wikipedia.org/wiki/Taylor_rule

¹⁰ Was durch die EU-Energiemarkt Gesetze noch verstärkt wurde.

Der **Zusatzwert**¹¹ kann wie folgt zerlegt werden (wobei die Mengen als Wert und nicht als Geld zu verstehen sind)¹²: Der Zusatzwert ist die Differenz zwischen dem Wert des produzierten Gutes und dem Wert der für die Produktion benötigten Güter. Mit anderen Worten: Wie viel Wert wurde durch den Produktionsprozess hinzugefügt? In Gleichungen wird dies wie folgt ausgedrückt:

$$\begin{aligned}
 & \text{Zusatzwert} \rightarrow V_a = V_{\text{production}} - V_{\text{inputs}} \\
 & \text{Gewinn} \rightarrow P = V_a - V_{\text{inputs}} - W \\
 & \text{Gewinnrate} \rightarrow M = \frac{P}{V_a} = 1 - \frac{V_{\text{inputs}} + W}{V_a}
 \end{aligned}$$

Wert der produzierten Ware
Wert der Produktionsmittel
Lohn

Im Kapitalismus wirkt sich der Klassenkampf hauptsächlich auf die **Gewinnrate** aus. Er senkt die Rate, wenn das Proletariat an Stärke gewinnt, und er erhöht sie, wenn die Bourgeoisie an Stärke gewinnt. **In der Praxis senkt das Proletariat die Gewinnrate der Kapitalist:innen vor allem dadurch, dass es Lohnerhöhungen durchsetzt** (bzw. seine Arbeitszeit für einen festen Lohn verkürzt), **während die Bourgeoisie eine steigende Gewinnrate dadurch erreicht, dass sie die Preise erhöht**, während sie die Löhne konstant hält (was auf eine Senkung der Löhne hinausläuft).

Dies ermöglicht es uns, die Lohn-Preis-Spirale nicht als mechanisches Inflations-Phänomen zu verstehen, sondern als **Folge des Klassenkampfes**. Die Spirale ist also **nicht unvermeidlich**. Und hier ist es am besten, Marx direkt zu zitieren:

"[...] beruht die gegebene Grenze des Lohnbetrags auf dem blossen Willen des Kapitalisten oder den Grenzen seiner Habgier, so ist sie willkürlich. Sie ist aller Notwendigkeit bar. Sie kann durch den Willen des Kapitalisten und kann daher auch gegen seinen Willen geändert werden.."

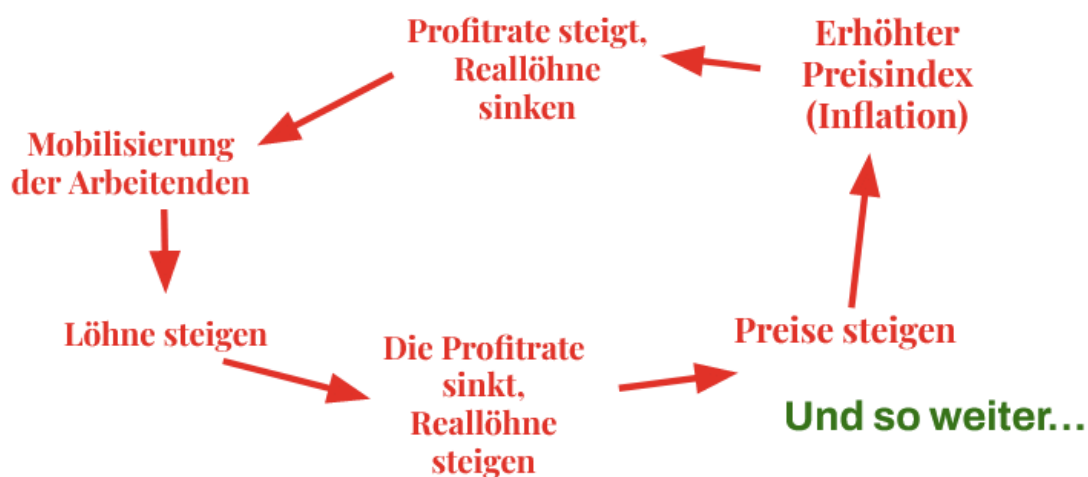
Karl Marx, Lohn, Preis und Profit, 1898

Darüber hinaus unterstreicht es, dass die richtige Perspektive, um die Inflation zu verstehen, die Entwicklung der Reallöhne ist. Sie können mit der Inflation steigen oder eben nicht, und geben uns

¹¹ Nicht zu verwechseln mit dem Mehrwert, der definiert wird durch den Zusatzwert minus den Lohn.

¹² Das Kapital. Band I, dritter Abschnitt: Die Produktion des absoluten Mehrwerts

eine Möglichkeit, direkt zu messen, wie sich der Aktienwert ändert, wenn das Geld entwertet wird. Etwas, was die VPI-Inflation nicht direkt misst.



Das ist wahrscheinlich die wichtigste Erkenntnis daraus: **Wir, das Proletariat, kümmern uns nicht wirklich um die Inflation, sondern nur um die Reallöhne.** Die Inflation zeigt, dass Geld nur eine Repräsentation des Wertes ist, und sie macht deutlich, dass **wir Arbeiter:innen nicht den vollen Wert dessen bekommen, was wir produzieren.** Wir sollten dies als eine **strategische Chance** betrachten, um das Klassenbewusstsein in der Schweiz zu erhöhen. Der oben beschriebene Kreislauf kann und wird durchbrochen werden, wenn wir von einer kapitalistischen Wirtschaft zu einer sozialistischen übergehen.

Betrachten wir nun die Frage der Reallöhne aus statistischer Sicht. In Frankreich haben wir eine Schätzung der Reallöhne, und wir stellen fest, dass die **Gewinnspannen für die Kapitalist:innen steigen**, während die **Reallöhne infolge der Inflation sinken**, d. h. das Proletariat verliert durch die derzeitige Inflation. Für die Schweiz liegen uns keine Zahlen vor, aber die Gewerkschaften weisen darauf hin, dass es 2022 in der Schweiz möglicherweise den größten Reallohnverlust seit fast einem Jahrzehnt gegeben hat.¹³

Eine mögliche Erklärung für die Wiederkehr der Inflation ist die **Verlangsamung des langfristigen Wachstumstrends der Produktivität**¹⁴. Es wird immer schwieriger, die Profitrate zu erhöhen (und damit stetig wachsende Gewinne aufrechtzuerhalten, wie es der Kapitalismus als Ziel für seine Unternehmen anstrebt), und somit könnten Preiserhöhungen eine der letzten Möglichkeiten sein, die Gewinne weiter zu steigern. Diese Hypothese ist schwer zu verifizieren, lässt aber vermuten, dass hier eine Dynamik im Spiel ist, die **mit der Tendenz zum Rückgang der Gewinnrate vergleichbar ist.**¹⁵

¹³ [Pressekonferenz Travail.Suisse](#)

¹⁴ Wie zum Beispiel Éric Berr [in diesem Dokument](#) vorschlägt.

¹⁵ Vorgeschlagen von Romaric Godin in "[En 2023, l'économie mondiale s'enfoncera dans sa crise structurelle](#), Mediapart, 07.01.2023" und vom marxistischen Ökonomen Michael Roberts, in [diesem Blogeintrag](#).

Inflation in der Geschichte

Inflation in der Schweiz im ersten Weltkrieg¹⁶

Der Erste Weltkrieg war die grösste Inflationsperiode in der modernen Schweizer Geschichte (19,5 % durchschnittliche jährliche Inflation). Diese Inflation ist vergleichbar mit derjenigen in anderen europäischen Ländern in der gleichen Zeit und wird im Laufe des Krieges immer ausgeprägter.

Die Ursachen: **Verknappung des Angebots an bestimmten Waren und schlechte Rationierungspolitik** und Inflation bei importierten Waren. Der wichtigste Faktor ist jedoch die **Zunahme der Geldmenge**. Es handelt sich um **Kredite, die die Nationalbank dem Staat für Kriegsausgaben gewährt**: 1918 sind die Ausgaben des Bundes viermal höher als 1913. Dieser Anstieg steht im Zusammenhang mit der Mobilisierung der Armee. Sie wurde zu 30 % durch neue Steuern, zu 50 % durch Kredite und zu 20 % durch Staatsanleihen finanziert. Diese letzte Methode ist sehr inflationär. Warum hat sich die Bourgeoisie trotzdem für sie entschieden? Weil sie aus folgenden Gründen keine neuen Steuern haben wollte:

1. Die Mehrheit der Bevölkerung hatte nicht viel mehr Geld, als sie für ihre Grundbedürfnisse brauchte. Es wäre gefährlich gewesen, die Steuern für die Arbeiter:innen zu erhöhen, so dass die Bourgeoisie diese Steuerlast allein hätte tragen müssen.
2. Zu dieser Zeit gab es weder eine Vermögens- noch eine Einkommenssteuer auf Bundesebene. Die Bourgeoisie war dagegen, denn ein kantonales statt zentrales Steuersystem begünstigt den Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen, was zu Steuerunterbietungen führt, wodurch die Sozialausgaben eingeschränkt und die Rentabilität des Kapitals erhöht werden. Ausserdem begünstigt es die Steuerhinterziehung.
3. Die Kreditaufnahme ermöglicht es, durch Zinsen einen Gewinn zu erzielen. Ausserdem bringt es den Staat in ein Abhängigkeitsverhältnis zu den Zeichnern (hauptsächlich Banken).

1915 führte der bürgerliche Staat eine kleine direkte Bundessteuer ein. **Der Grossteil der Kriegsausgaben sollte aber durch Anleihen gedeckt werden**. Diese Massnahmen führten zu einem **Anstieg der Zinssätze**, was die Bauernschaft und das Kleinbürgertum in Schwierigkeiten brachte, da diese Klassen hoch verschuldet waren. 1914 drohten ihre Organisationen, die Massnahmen der SP (Festsetzung eines Höchstzinssatzes und Begrenzung der Kapitalexperte) zu unterstützen. Sie drohten damit, sich mit den Interessen des Proletariats zu verbünden und sich von der Grossbourgeoisie zu distanzieren.

¹⁶ Dieses Kapitel ist angelehnt an <https://www.e-periodica.ch/cntmng?pid=tra-001:2017:24::671>

Im Februar 1915 beschloss der Bundesrat, keinen neuen Kredit aufzunehmen, um das bürgerliche Bündnis zu erhalten. Stattdessen wurde auf **Staatsanleihen** gesetzt.

Diese Politik hatte zur Folge, dass die Zinssätze gesenkt wurden und sich der bürgerliche Block wieder festigte. Dies war jedoch eine überstürzte Aktion, da die neue Politik auf längere Sicht inflationäre Auswirkungen hatte.

1918 beschloss die Bourgeoisie, dass die **Inflation eine zu grosse soziale Gefahr** darstellte, und beschloss, eine Anti-Inflationspolitik zu betreiben, indem sie die Gelddruckpolitik der SNB angriff. Sie forderten:

1. Erhöhung des Diskontsatzes.
2. Rückkehr zur Politik der Kreditaufnahme (diesmal jedoch im Ausland, hauptsächlich in den USA, um das Kleinbürgertum zu schonen) zu sehr günstigen Zinssätzen.
3. Verlängerung der Steuer auf Kriegsgewinne, auch nach dem Ende des Konflikts.

Diese Politik zeigte recht schnell Wirkung. Im Jahr 1920 wurden die Preise wieder stabil. Warum kehrte die Bourgeoisie zu einer disinflationären Politik zurück?

Die Armut wurde zu einer sozialen Gefahr. Die **Reallöhne waren während des Krieges um 22% gesunken. 1910 bezogen 3% der Bevölkerung (öffentliche oder private) Sozialhilfe, 1918 waren es bereits 18%**. Dank des Preisanstiegs und der neuen internationalen Märkte, die der Krieg eröffnete, stiegen die Gewinnraten. Das internationale Umfeld war für das Proletariat eher günstig (zahlreiche Revolutionen) und die Schweiz erlebte mit dem Generalstreik den wichtigsten sozialen Konflikt seit 1847. Zu dieser Zeit schien eine Revolution in der Schweiz und in ganz Europa durchaus denkbar, die den bürgerlichen Staat zu Zugeständnissen zwang, die er heute vielleicht nicht mehr machen würde.

Ölkrise 1973

Die Ölkrise war eine Inflation, bei der Öl die Hauptrolle spielte. Der Kampf um diesen wichtigen Energieträger entbrannte Mitte des 20. Jahrhunderts, als sich die Petrolindustrie von Nordamerika in den Nahen Osten verlagerte. Dies führte dazu, dass sich der **Schwerpunkt der imperialistischen Ausbeutung in den Nahen Osten verlagerte** und hatte drastische historische Auswirkungen, die noch heute spürbar sind.

Die Krise begann im Oktober 1973 mit dem Jom-Kippur-Krieg, in dem mehrere arabische Staaten gegen die zionistische Besatzung Palästinas kämpften. Israel, unterstützt von den USA und anderen westlichen Ländern, gewann den Krieg. Da die USA ein entscheidender Faktor für den Verlauf des kurzen Krieges waren und ihr Einfluss auf den Nahen Osten zunahm, beschlossen die arabischen Länder im Rahmen der OAPEC (Organisation der Arabischen Erdölexportierenden Länder) unter der Führung Saudi-Arabiens, mit einem **Embargo gegen die USA** vorzugehen.

Das Embargo bestand in einer Drosselung der Ölproduktion um 5%. Dies traf den Westen mitten ins Herz, da Erdöl als Energiequelle von ausserordentlicher Bedeutung ist. Das Ergebnis war ein Anstieg der Ölpreise um bis zu 70%. **Dies löste eine Inflation aus, die in der Schweiz bis zu 12% anstieg.**

Erst als sich die OAPEC nach Verhandlungen bereit erklärte, die Erdölproduktion wieder zu erhöhen, normalisierte sich der Preis wieder. Dies machte den westlichen Ländern deutlich, wie

wichtig das Erdöl für ihr Wirtschaftssystem war und wie abhängig sie davon waren. Um solche Krisen in Zukunft besser bewältigen zu können, wurde nach neuen Energiequellen gesucht.¹⁷ Darüber hinaus versuchten insbesondere die Vereinigten Staaten, um jeden Preis noch mehr Einfluss auf die ölproduzierenden Länder zu nehmen.

Lösungen und Forderungen

Die “Lösungen” der Kapitalist:innen

Erhöhung des Zinssatzes

Eine der beliebtesten und gängigsten Methoden zur Bekämpfung der Inflation ist die Anhebung der Zinssätze. Der Grundgedanke dieser Massnahme ist der folgende: Wenn die Bank hohe Kreditzinsen festlegt, wird es teurer, sich Geld zu leihen, um Dinge zu kaufen, was die Menschen dazu veranlasst, ihr Geld zu sparen, anstatt es auszugeben. **Dadurch sinkt die gesamtwirtschaftliche Nachfrage** (das heisst die Summe der Nachfrage von Unternehmen und privaten Haushalten), und die Herstellenden hören auf, ihre Preise zu erhöhen.

Dies kann jedoch **schreckliche Folgen für die Arbeiter:innenklasse** haben - Menschen, die hohe Schulden haben, werden Schwierigkeiten haben, ihre Kredite zurückzuzahlen, und es wird noch schwieriger als zuvor, sich z.B. ein Haus zu leisten. Aber nicht nur die Arbeiter:innenklasse wird mit Schulden zu kämpfen haben. Auch die Unternehmen werden es schwer haben, ihre Schulden und Kredite zu tilgen. Wie sollen sie die höheren Kosten für Kredite aufbringen, ohne auf einen Teil ihrer Gewinne zu verzichten? Die Antwort ist natürlich, indem sie die Preise für ihre Produkte anheben. Folglich kann eine Anhebung der Zinssätze die Inflation noch mehr ansteigen lassen.¹⁸

¹⁷ Dieser Zeitraum ist mit den ersten technologischen Entwicklungen in erneuerbarer Energie verbunden.

¹⁸ [Richard Wolff, “Solutions for Inflation? Capitalism Faces a Dead End”, April 2022](#)

Senkung der Mehrwertsteuer

Eine weitere Massnahme, die von Ländern wie Spanien und Frankreich vorgeschlagen wurde, ist die Senkung der Mehrwertsteuer. Die Mehrwertsteuer ist eine ungerechte Steuer, die unabhängig vom Einkommen gleich hoch ist und daher die Käufer:innen mit geringerem Einkommen am stärksten trifft. Die Idee ist, dass eine Senkung der Mehrwertsteuer die Belastung für die Arbeiter:innenklasse verringert und die steigenden Preise erträglicher macht.

In der Realität gibt es jedoch mehrere Probleme mit diesem Vorschlag. Zum einen handelt es sich um eine einmalige Massnahme, die die Preise senkt, aber **eine ständig steigende Inflation wird diesen kleinen Effekt schnell zunichtemachen**. Darüber hinaus verringert sie die Staatseinnahmen, die für wirksamere soziale Massnahmen verwendet werden könnten. Und die **eigentlichen Verursacher, die Unternehmen, werden nicht bestraft** und können ihre Preise weiterhin frei festsetzen. Dass die Preise für die Konsument:innen so tiefer werden, ist in einer freien Marktwirtschaft nicht garantiert.¹⁹

Diese Methode der Inflationsbekämpfung ist aber nicht sehr verbreitet. Soweit uns bekannt ist, wurde sie in Spanien erst vor kurzem, im Jahr 2022, auf Grunderzeugnisse angewandt.

Kurzfristige Lösungen: Indexierung und Preisstopps

Preisstopps

Preiskontrollen oder Preisstopps sind beliebte Forderungen der Linken als Antwort auf die Inflation. Viele politische Parteien fordern eine Obergrenze für Energiepreise oder Krankenkassenprämien. Und es ist sicherlich eine Lösung, die zumindest kurzfristig Sinn macht. **Die Arbeiter:innenklasse kann sich mehr Waren leisten und die Kapitalist:innen machen weniger Gewinn**. Leider haben Preiskontrollen in einer kapitalistischen Wirtschaft in der Vergangenheit oft zu einer **Rezession** oder zu Engpässen geführt, da Kapitalist:innen dazu neigen, ihre Produkte nicht zu verkaufen, wenn sie glauben, dass sie mehr wert sind, als für was sie sie verkaufen können. Sie verringern das Angebot künstlich und investieren weniger. Und sobald die Preiskontrollen aufgehoben werden, werden die Preise aufgrund des aufgebauten Drucks wieder explodieren. Damit Preiskontrollen auf lange Sicht wirklich etwas bewirken, kann der freie Markt nicht an ihrer Seite existieren. **Wenn wir Preisstopps fordern, setzen wir uns ausdrücklich auch für staatlich kontrollierte Unternehmen ein**. Zum Beispiel mit der Forderung nach einer Obergrenze der Energiepreise und gleichzeitig der Entprivatisierung des Energiesektors.²⁰ Ein konkretes Beispiel für eine Preiskontrolle, die gefordert werden könnte, ist das Einfrieren oder die Kappung der Mieten.

¹⁹ [Mediapart, "La baisse de la TVA, fausse solution contre l'inflation", Januar 2023](#)

²⁰ [Michael Roberts, "Price controls: do they work?", Januar 2022](#)

Indexierung

Ein gängiges Argument gegen die Kopplung der Löhne an die Preise ist der Mythos der Preis-Lohn-Spirale. Aber wie bereits gesehen, ist dieser Mythos schlicht nicht der Realität entsprechend. **Die Löhne anzuheben, während die Inflation in die Höhe schießt, ist für die arbeitende Klasse von entscheidender Bedeutung.** Dennoch gibt es Probleme mit diesem Ansatz. Die Indexierung verzögert sich in der Regel, da sie nicht unmittelbar nach dem Preisanstieg erfolgt. Sobald die Löhne ein wenig angepasst werden, kann die Inflation bereits viel stärker geworden sein. Ein weiteres häufiges Problem bei der Indexierung sind die verwendeten Parameter und Preisindizes. So schliesst beispielsweise der belgische Preisindex für die Lohnindexierung Benzinpreise aus, die eindeutig zu den Produkten gehören, die derzeit am stärksten von der Inflation betroffen sind. In ähnlicher Weise schliesst der Schweizer Preisindex die Krankenversicherung aus, ein Sektor, in dem ebenfalls ein starker Kostenanstieg im Jahr 2023 erwartet wird.

Insgesamt ist die Indexierung eine sehr wichtige Entlastung für die Schweizer Arbeiter:innenklasse. Langfristig gesehen ist sie jedoch nur das Minimum, das durchgesetzt werden muss. Die **Ausbeutungsrate wird auch mit Indexierung nicht sinken** (siehe Belgien, ein Land, wo Löhne indexiert werden, welches aber die höchsten Gewinnmargen in Europa hat). Das langfristige Ziel ist und bleibt eine Wirtschaft ohne jegliche Ausbeutung.²¹

Strategisch gesehen ist die Indexierung die interessanteste Massnahme, für die wir kämpfen können. Denn in einem Land, in dem die Stärke der Linken auf nationaler Ebene so gering ist wie in der Schweiz (es scheint ziemlich unwahrscheinlich, dass die Grünen oder die SP bereit wären, für die Indexierung zu kämpfen), kann sie immer noch der Schauplatz von Siegen in kleinerem Rahmen sein (durch Streiks und gewerkschaftliche Mobilisierung wie bei den Waadtländer Arbeiter:innen des öffentlichen Sektors²² oder bei den Arbeiter:innen des Bausektors²³). Es ist eine **Gelegenheit, zu mobilisieren und das Klassenbewusstsein zu stärken.** Ausserdem sollte die Indexierung nicht nur eine Forderung der Arbeiter:innen sein, sondern sie berührt auch sehr jugendspezifische Einkommensquellen wie Stipendien und Lehrstellen, die oft nicht indexiert sind (siehe die Revisionen der Waadtländer Studierendengewerkschaften²⁴).

Strategische Überlegungen

Diese Forderungen sind **nicht revolutionär.** In der gegenwärtigen Situation in der Schweiz können wir jedoch nicht darauf hoffen, sofort revolutionäre Massnahmen zu ergreifen. Zum Beispiel scheint uns die Abschaffung des freien Marktes in der gegenwärtigen Situation mit dem momentanen Kräfteverhältnis zwischen Bourgeoisie und Proletariat nicht möglich. In einem Kontext der Inflation ist die Aneignung des Mehrwerts durch die Kapitalist:innen jedoch sichtbarer, weil sie intensiver ist. Mit unseren Forderungen und unserer Kampagne hoffen wir, die Produktionsverhältnisse im Kapitalismus zu beleuchten und so zur Bewusstseinsbildung der Arbeiter:innen in der Schweiz beizutragen.

²¹ [Mediapart, "Diabolisée en France l'indexation se maintient en Belgique", june 2021.](#)

²² [SSP/VPOD Website "En lutte pour la plein indexation des salaires", consulted april 2023](#)

²³ [Le Temps, "Construction: syndicats et entrepreneurs trouvent un accord", november 2022](#)

²⁴ [SUD-EP, "Résolution de l'assemblée générale des personnes en formation", mars 2023](#)

Aus strategischen Gründen haben wir die Gewinnbesteuerung nicht in unsere Forderungen aufgenommen. **Wir glauben, dass es besser ist, höhere Löhne zu fordern als eine höhere Besteuerung der Gewinne.** In der Tat läuft diese Forderung letztlich auf eine Lohnerhöhung hinaus (wenn der Staat dieses Geld für den Ausbau der öffentlichen Dienstleistungen und der Sozialpolitik verwendet), allerdings auf einem Umweg. Wir sind daher der Meinung, dass eine Lohnerhöhung mehr Licht auf die Funktionsweise der kapitalistischen Ausbeutung wirft, da sie einen gesellschaftlichen Wert für die Arbeit und nicht für das Kapital anerkennt. Dennoch sollten wir diese Forderung natürlich nicht ablehnen, wenn sie von anderen Organisationen erhoben wird.

Der einzige Ausweg

Es ist unsere Pflicht als Kommunist:innen, die bestmöglichen Ergebnisse für die Arbeiter:innenklasse zu fordern. Kurzfristig kann dies erreicht werden, indem wir für Preisstopps, Verstaatlichung von Unternehmen, die Senkung der Steuern für Menschen mit niedrigem Einkommen, kostenlose soziale Dienste und Wohnungen, und vieles mehr kämpfen. Während wir für diese Forderungen auf der Strasse und auf der politischen Bühne kämpfen, dürfen wir aber nie vergessen, dass sie nicht das Endziel sind. Die Wahrheit ist, dass die Widersprüche unseres kapitalistischen Systems mit jeder Wirtschaftskrise mehr und mehr zunehmen, und sie werden nicht gelöst, indem man ein kleines Pflaster auf das Problem klebt. Die Wahrheit ist, dass der einzige Weg nach vorne eine Gesellschaft ist, in der die Produktionsmittel in den Händen der Arbeiter:innenklasse liegen. Mit anderen Worten: **Der einzige Weg nach vorn ist der Sozialismus!**